

- [Teilen](#)
- [Drucken](#)
- [Als PDF speichern](#)

[Zurück zur Übersicht](#)

Aktuelle Meldung

## Land unterstützt Stadt- und Landkreise bei Sprachkursen für Geflüchtete aus der Ukraine

21.03.2022

Zusätzlich 1 Mio. Euro Fördergeld für Elternsprachkurse



Lydia Geissler - stock.adobe.com

Immer mehr Menschen fliehen vor dem brutalen russischen Angriffskrieg aus der Ukraine. Viele von ihnen sind bereits in Baden-Württemberg oder werden in den nächsten Tagen und Wochen hier ankommen. Dort, wo Integrationskurse des Bundes nicht kurzfristig oder nicht in zumutbarer Entfernung zur Verfügung stehen, können aus der Ukraine Geflüchtete vom Land geförderte Sprachkurse der Stadt- und Landkreise besuchen. Da derzeit überwiegend Frauen mit Kindern aus der Ukraine fliehen, wird vor allem ein größerer Bedarf für Eltern-Teilzeitkurse, gegebenenfalls mit Kinderbetreuung, erwartet. Das Land stellt deshalb für diese und andere sogenannte spezifische Sprachkursformate zusätzlich eine Million Euro Fördermittel bereit.

„Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass wir aus der Ukraine Geflüchtete bei uns willkommen heißen und ihnen Unterstützung bieten“, so die Amtschefin im Sozial- und Integrationsministerium, Leonie Dirks, am Montag (21. März) in Stuttgart. „Dazu gehört auch, dass wir Möglichkeiten schaffen, damit sie die deutsche Sprache lernen können.“ Dies gelte so Dirks unabhängig von der Dauer ihres Aufenthalts. „Auch wenn viele Geflüchtete möglichst bald in ihr Heimatland zurückkehren wollen, lässt sich aktuell nicht absehen, wann dies möglich sein wird. Der Spracherwerb ist daher zentral, um im Alltag oder an einem Arbeitsplatz zurechtzukommen.“

Dirks begrüßt daher, dass der Bund die Integrationskurse des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) für Geflüchtete aus der Ukraine geöffnet hat. „Dadurch haben sie grundsätzlich die Möglichkeit, schnell Deutsch zu lernen und am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben“, so die Amtschefin des Ministeriums. Geflüchtete aus der Ukraine haben jedoch keinen Anspruch auf einen solchen Kurs und können nur im Rahmen verfügbarer Kursplätze aufgenommen werden. Es sei deshalb fraglich, ob die vorhandenen Kapazitäten ausreichen werden. Dirks appelliert daher an den Bund, das Angebot

auszuweiten.

„Es ist gut, dass der Bund Verantwortung bei der Sprachförderung von Ukraine-Geflüchteten übernimmt“, so die Amtschefin abschließend. „Aber auch das Land leistet hier seinen Beitrag und unterstützt die Stadt- und Landkreise bei der Organisation zusätzlicher Sprachkurse.“

Quelle: Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration

Kategorie:

**Aktuelle Meldung Abteilung 1 Flüchtlinge**